

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name Verbandsgemeindeverwaltung Konz
 Straße Am Markt 11
 PLZ, Ort 54329 Konz
 Telefon 0 65 01/83 240 Fax 06501/83-107
 E-Mail vergabestelle@konz.de Internet http://www.konz.de

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer 2024.3.032

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe

- elektronisch
 in Textform
 mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel
 mit qualifizierter/m Signatur/Siegel
 schriftlich

d) Art des Auftrags

- Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

54453 Nittel-Köllig
Dorfplatz

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Neugestaltung Dorfplatz Nittel-Köllig
Landschaftsbauarbeiten
 Hauptmassen:
7 Stk. Baumwurzelbelüfter Oberteil
7 Stk. Hochstämme liefern und pflanzen
2 Stk. Sitzbänke liefern und einbauen

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage _____
 Zweck des Auftrags _____

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

- nein
 ja, Angebote sind möglich
 nur für ein Los
 für ein oder mehrere Lose
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

Beginn der Ausführung: 21.05.2024
 Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 31.07.2024
 weitere Fristen _____

j) Nebenangebote

- zugelassen
 nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
 nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

- zugelassen
 nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden

- elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
<https://www.subreport.de/E14233917>
 nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

- Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:
 Abgabe Verschwiegenheitserklärung
 andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- nachgefordert
 teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:
 nicht nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist

am 26.04.2024 um 09:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist

am 05.06.2024

p) Adresse für elektronische Angebote

<https://www.subreport.de/E14233917>

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

Deutsch

r) Zuschlagskriterien

- siehe Vergabeunterlagen
 nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:

Preis - 100%

Die Angebote werden anhand der Wertungssumme gewertet. Die Wertungssumme setzt sich wie folgt zusammen:

Wertungssumme = (Angebotssumme (netto) unter Berücksichtigung von Nachlässen + Umsatzsteuer ohne Rücksicht auf die Steuerschuldnerschaft).

Werkstätten für behinderte Menschen, Blindenwerkstätten und Integrationsprojekte (§§ 215, 219 Abs. 1, 224, 225, 226 SGB IX)

Ist ein Angebot, das von einer der vorgenannten bevorzugten Einrichtung abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich oder annehmbar wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines nicht bevorzugten Bieters, so wird der Zuschlag auf das Angebot der bevorzugten Einrichtung erteilt.

Bei der Wertung der Angebote wird der von bevorzugten Unternehmen angebotene und zur Wertung herangezogene Preis

- bei anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anerkannten Blindenwerkstätten mit einem Abschlag von 15 %,
- bei anerkannten Inklusionsbetrieben mit einem Abschlag von 10 % berücksichtigt.

Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, wird nur der Anteil berücksichtigt, den die bevorzugten Einrichtungen an dem Gesamtangebot der Arbeitsgemeinschaft haben. Der Anteil der bevorzugten Einrichtungen an der angebotenen Leistung ist bei Angebotsabgabe anzugeben. Der Nachweis der Bevorzugteneigenschaft ist mit dem Angebot zu führen.

Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben

Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das Ausbildungsplätze bereitstellt oder sich an der beruflichen Erstausbildung beteiligt. Der Nachweis der Erfüllung dieser Kriterien ist durch Eigenerklärung mit dem Angebot zu führen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

Berücksichtigung von Unternehmen mit Frauenfördermaßnahmen

Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen einen höheren

Frauenanteil an den Beschäftigten ausweist oder Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchführt. Der Nachweis der Erfüllung dieser Kriterien ist durch Eigenerklärung mit dem Angebot zu führen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

s) Eröffnungstermin am **26.04.2024** um **09:30** Uhr

Ort

Verbandsgemeindeverwaltung Konz, Verwaltungsgebäude III, Am Markt 10, 54329 Konz

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

Die Teilnahme der Bieter ist nicht zugelassen.

t) geforderte Sicherheiten

1.) Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B/§§14,18 VOL/B): Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5% der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

2.) Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften

w) Beurteilung der Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich
Ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Bedingung an die Ausführung:

Bedingung an die Ausführung:

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (RLP) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen sich Auftragnehmer, deren Nachunternehmer Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, gemäß Vorgaben des § 4 LTTG zur Zahlung von Tarif- und Mindestlöhnen verpflichten. Weiter erforderlich Eigen- und Verpflichtungserklärungen nach § 18 LTTG zur Einhaltung sozialer Kriterien gemäß Kernarbeitsnormen. Die Verpflichtungserklärungen und Vertragsbedingungen sind Bestandteil Vergabeunterlagen. Sie müssen ausgefüllt und unterzeichnet dem Angebot beigelegt werden.

Nachweis über die persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers:

Den Ausschreibungsunterlagen ist folgende Eigenerklärung zur Unterzeichnung beigelegt: Mit der Abgabe

seines Angebots erklärt der Bewerber ausdrücklich, dass gegenüber dem Unternehmen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde,- sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet,- keine Verfehlungen vorliegen, die seinen/ihren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten,- er/sie die gesetzl.

Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern u. Sozialversicherungsbeiträgen erfüllt u. beachtet u. die Krankenversicherungspflichtigen AN bei der Krankenkasse angemeldet hat;- er/sie die gewerblichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllen.

Nachweis über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit der Umsatz Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen- Angaben über die ausgeführten Leistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind

Nachweis über die technische Leistungsfähigkeit:

Der Nachweis der Eignung ist entweder durch Eintragung in das Präqualifikationsverzeichnis für Bauunternehmen (PQ Verzeichnis) oder durch das ausgefüllte Formblatt 124 zu erbringen. Im Rahmen des Formblatts 124 werden folgende Angaben in Form von Eigenerklärungen mit dem Angebot abverlangt:

- Eigenerklärung zu Leistungen, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind

Sonstiger Nachweis:

Weitere Nachweise, Unterlagen, etc. welche mit dem Angebot einzureichen sind:

- Erklärung 1 oder 3 nach dem LTTG Rheinland-Pfalz
- Angaben zum Unternehmen
- Angaben zur Abfrage WRegG

- Erklärung Bekämpfung Schwarzarbeit

Falls Ihr Angebot in die engere Wahl kommt, sind folgende Erklärungen, Bestätigungen auf gesondertes Verlangen vorzulegen:

- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse**)

- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes (Bescheinigung in Steuersachen *)

- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG des zuständigen Finanzamtes *)

- Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft *)

- gültige Gewerbeanmeldung

- gültiger Handelsregisterauszug

- gültige Eintragung in die Handwerksrolle oder Industrie- und Handelskammer

*) mit gültiger Befristung oder, falls die Bescheinigung unbefristet erstellt wurde, nicht älter als 12 Monate

***) soweit Ihr Betrieb beitragspflichtig ist

Weitere Nachweise, Unterlagen, etc. welche auf gesondertes Verlangen einzureichen sind:

- Formblatt 223 Aufgliederung der Einheitspreise

- Formblatt 221, 222

- Urkalkulation

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Kreisverwaltung Trier-Saarburg, Willy-Brandt-Platz 1, 54290 Trier